

Abschluss und Änderung von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen im GmbH-Konzernrecht

Bearbeitet von
Christiane Wilde

1. Auflage 2011. Taschenbuch. XX, 217 S. Paperback

ISBN 978 3 631 60692 6

Gewicht: 320 g

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Gesellschaftsrecht > GmbH-Recht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Kapitel: Gang und Gegenstand der Untersuchung	3
I. Begriffsbestimmung GmbH-Konzernrecht	3
II. Abgrenzung gegenüber „anderen Unternehmensverträgen“ i.S.d. § 292 AktG	4
III. Abgrenzung gegenüber dem Geschäftsführungsvertrag	5
2. Kapitel: Grundsatzfragen des GmbH-Konzernrechts unter besonderer Berücksichtigung der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	7
I. Die rechtstatsächliche Bedeutung des GmbH-Konzerns	7
1. Die Verbreitung der konzernverbundenen GmbH	8
2. Die Struktur von Unternehmensverbindungen unter Beteiligung der GmbH	9
3. Untersuchung zur Rechtswirklichkeit der konzernverbundenen GmbH	9
II. Rechtsquellen des GmbH-Konzernrechts	10
1. Unmittelbar im GmbH-Konzernrecht anwendbare Vorschriften	11
a) GmbH-Gesetz	11
b) Aktien-Gesetz	12
c) Weitere unmittelbar anwendbare Rechtsquellen	12
2. Richterliche Rechtsfortbildung	13
3. Bedeutung des Steuerrechts und der steuerrechtlichen Organschaft	14
a) Historische Bedeutung des Steuerrechts für das GmbH-Konzernrecht ..	14
b) Voraussetzungen der steuerrechtlichen Organschaft	15
aa) Reformierung des Körperschaftssteuerrechts	16
bb) Reformierung des Gewerbesteuerrechts	16
c) Wechselwirkungen von Steuerrecht und Gesellschaftsrecht	17
III. Gescheiterter Kodifikationsversuch eines GmbH-Konzernrechts	19
IV. Die analoge Anwendbarkeit der §§ 291 ff. AktG im GmbH-Konzernrecht	22
1. Methodische Grundlagen	22
2. Strukturelle Unterschiede zwischen GmbH und AG	23
a) Statutarischer Gestaltungsspielraum	23
b) Übergeordnete Stellung der Gesellschafterversammlung der GmbH	24
c) Kapitalerhaltungsschutz	26
d) Personalistische und kapitalistische Ausgestaltung	27
e) Verringerte Fungibilität von GmbH-Anteilen im Gegensatz zu Aktien ..	28

3.	Schlussfolgerung für die Anwendung der §§ 291 ff. AktG im GmbH-Konzernrecht	29
a)	Gesamtanalogie	29
b)	Teilanalogie	30
V.	Inhalt und Wesen von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen	31
1.	Beherrschungsvertrag	31
2.	Entbehrlichkeit des Beherrschungsvertrages im GmbH-Konzernrecht	32
a)	Das Schädigungsverbot bei nur faktischer Konzernierung	33
b)	Die Weisungskompetenz	34
c)	Faktische Entbehrlichkeit im Ausnahmefall	36
3.	Gewinnabführungsvertrag	36
4.	Abgrenzung der beiden Vertragstypen im GmbH-Konzernrecht	37
a)	Gewinnabführung auf Grundlage eines Beherrschungsvertrages	38
b)	Leitungsmacht auf Grundlage eines Gewinnabführungsvertrages	38
5.	Kombinierte Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	39
VI.	Rechtsnatur der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	39
1.	Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge aus Sicht der abhängigen GmbH	40
a)	Auswirkungen des Beherrschungsvertrages auf die Struktur einer abhängigen GmbH	40
aa)	Eingriff in die Zuständigkeitskompetenz	40
bb)	Eingriff in den Gesellschaftszweck	40
cc)	Eingriff in den Unternehmensgegenstand	41
b)	Auswirkungen des Gewinnabführungsvertrages auf die Struktur einer abhängigen GmbH	42
aa)	Eingriff in die Vermögensrechte der Gesellschafter	43
bb)	Eingriff in die Organisationsverfassung	43
cc)	Eingriff in den Gesellschaftszweck	44
dd)	Eingriff in den Unternehmensgegenstand	45
c)	Qualifikation als Organisationsverträge	45
d)	Schuldrechtliche Elemente der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	47
e)	Satzungsüberlagernde bzw. materiell satzungsändernde Wirkung	47
f)	Erfordernis einer formellen Satzungsänderung	49
2.	Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge aus Sicht der herrschenden GmbH	52
a)	Auswirkungen der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge auf die herrschende GmbH	52
b)	Qualifikation als Maßnahme zwischen außerordentlicher Geschäftsführung und Strukturänderung	52
c)	Keine satzungsüberlagernde bzw. materiell satzungsändernde Wirkung im Hinblick auf die herrschende GmbH	53
VII.	Weitere Auswirkungen der Konzernierung	54

1. Auswirkungen der Konzernierung auf Minderheitsgesellschafter	54
2. Auswirkungen der Konzernierung auf die Gläubiger der GmbH	55
3. Kapitel: Abschluss von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen im GmbH-Konzernrecht	57
I. Vertragsschluss als Maßnahme der Geschäftsführung	57
1. Fehlende Vertretungsmacht der GmbH-Geschäftsführer	58
a) Fehlende Vertretungsmacht im Hinblick auf die abhängige GmbH	58
b) Fehlende Vertretungsmacht im Hinblick auf die herrschende GmbH	59
2. Kein Initiativrecht der GmbH-Geschäftsführer	60
3. Befreiung vom Selbstkontrahierungsverbot gem. § 181 BGB	60
II. Formanforderungen an Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	60
1. Schriftform des Vertrages	61
2. Notarielle Beurkundung des Vertrages	62
III. Bedingung und Befristung bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen	63
IV. Zustimmungsbeschluss der abhängigen GmbH	64
1. Erforderlichkeit eines Zustimmungsbeschlusses im GmbH-Konzernrecht .	64
2. Außenwirkung des Zustimmungsbeschlusses der abhängigen GmbH	65
3. Abstimmungsmeerheit für den Zustimmungsbeschluss der abhängigen GmbH	66
a) Einstimmiger Zustimmungsbeschluss bzw. Zustimmung aller Gesellschafter	66
b) Zustimmungsbeschluss mit Dreiviertelmehrheit	68
c) Die Auffassungen zur Abstimmungsmeerheit in der Diskussion	69
aa) Zweckänderung i.S.v. § 33 Abs. 1 S. 2 BGB	69
(1) Vorrang speziellerer Regelungen im Hinblick auf die Änderung des Gesellschaftszwecks	70
(2) Abschließender Charakter des § 53 Abs. 2 S. 1 GmbHG	71
(3) Enge Auslegung des Zweckbegriffs im Vereinsrecht	72
bb) Vermehrung von Leistungen gem. § 53 Abs. 3 GmbHG	73
cc) Einräumung eines Sonderrechts gem. § 35 BGB	75
dd) Eingriff in den Kernbereich der Mitgliedschaft	76
(1) Eingriff in Kernmitgliedschaftsrechte durch Beherrschungsvertrag	77
(2) Eingriff in Kernmitgliedschaftsrechte durch Gewinnabführungsvertrag	78
ee) Gleichbehandlungsgrundsatz	79
ff) Minderheitenschutz	80
(1) Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung	81
(2) Einstimmigkeitserfordernis nur in personalistisch strukturierten GmbHs	82
(3) Zustimmungspflicht der Minderheitsgesellschafter	84

gg)	Erfordernis einer Dreiviertelmehrheit für Grundlagenbeschlüsse ..	85
(1)	Strukturveränderungen nach dem GmbHG	85
(2)	Strukturveränderungen nach dem UmwG	86
(3)	Umgehung durch Umwandlung in eine AG	88
hh)	Das Mehrheitsprinzip als allgemeiner körperschaftsrechtlicher Grundsatz	89
ii)	Untersicht: Erfordernis einer Neunzehntelmehrheit	90
d)	Zwischenergebnis	91
4.	Notarielle Beurkundung des Zustimmungsbeschlusses	92
a)	Analoge Anwendbarkeit des § 53 Abs. 2 S. 1 GmbHG	93
b)	Mitbeurkundung des Unternehmensvertrages gem. § 9 Abs. 1 S. 2 BeurkG analog	95
5.	Beschlussfassung der Gesellschafter der abhängigen GmbH	95
6.	Stimmrechtsverbot des herrschenden Gesellschafters	96
a)	Bedeutung des Stimmrechtsverbots im GmbH-Konzernrecht	97
b)	Anwendung des Stimmrechtsverbotes im GmbH-Konzernrecht	97
aa)	Stimmrechtsverbot aus Gründen des Minderheitenschutzes	98
bb)	Unanwendbarkeit des Stimmrechtsverbotes aufgrund der körperschaftsrechtlichen Natur der Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	99
cc)	Stimmrechtsverbot als Konkretisierung von § 181 BGB	101
7.	Materielle Beschlusskontrolle	102
8.	Ausgleich und Abfindung der außenstehenden Gesellschafter	104
a)	Kein Ausgleich und keine Abfindung bei einstimmigem Zustimmungsbeschluss	105
b)	Analoge Anwendbarkeit der §§ 304, 305 AktG im GmbH-Konzernrecht	105
aa)	Begriff des „außenstehenden“ Gesellschafters im GmbH-Konzernrecht	107
bb)	Barabfindungspflicht gem. § 305 Abs. 2 Nr. 3 AktG analog	108
cc)	Ausgleichspflicht i.S.v. § 304 AktG analog	109
dd)	Abfindungspflicht des herrschenden Unternehmens in eigenen Geschäftsanteilen gem. § 305 Abs. 2 Nr. 1 und 2 AktG analog	111
ee)	Rechtsfolgen von fehlendem oder unzureichendem Ausgleich bzw. Abfindungsangebot	114
V.	Zustimmungsbeschluss der herrschenden Gesellschaft	115
1.	Erforderlichkeit eines Zustimmungsbeschlusses der herrschenden GmbH	116
a)	Normzweck des § 293 Abs. 2 S. 1 AktG	116
b)	Herausragende Stellung der GmbH-Gesellschafter	118
c)	Wortlaut des § 293 Abs. 2 S. 1 AktG	119
d)	Kein Zustimmungsbeschluss bei Personalunion	119
2.	Außenwirkung des Zustimmungsbeschlusses der herrschenden GmbH	120

3.	Mehrheitserfordernis des Zustimmungsbeschlusses der herrschenden GmbH	122
4.	Notarielle Beurkundung des Zustimmungsbeschlusses	123
5.	Beschlussfassung der Gesellschafter der herrschenden GmbH	124
6.	Erforderlichkeit eines Zustimmungsbeschlusses der herrschenden AG	124
VI.	Statutarische Ermächtigungsklauseln und antizipierter Zustimmungsbeschluss	126
1.	Statutarische Ermächtigung bei der abhängigen GmbH	126
a)	Ermächtigung der Geschäftsführer durch Satzungsklauseln	126
b)	Antizipierter Zustimmungsbeschluss in der Satzung	128
c)	Herabsetzung des Mehrheitserfordernisses durch Satzungsklausel	129
2.	Statutarische Ermächtigung bei der herrschenden Gesellschaft	131
a)	Zulässigkeit sog. Konzernklauseln	131
b)	Ermächtigung der Geschäftsführung durch sog. Bagatellklauseln	132
VII.	Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrates	133
1.	Fakultativer Aufsichtsrat	133
2.	Obligatorischer Aufsichtsrat	134
VIII.	Zustimmung eventueller Sonderrechts- bzw. Sondervorteilsinhaber	135
IX.	Informationsrechte der §§ 293a ff. AktG im GmbH-Konzernrecht	136
1.	Regelungsinhalt, – zweck und Anwendungsbereich der §§ 293a ff. AktG ..	137
a)	Informationssystem der §§ 293a ff. AktG	138
b)	Entlastungsfunktion für das Spruchverfahren	139
2.	Anwendbarkeit der §§ 293a ff. AktG im GmbH-Konzernrecht	139
a)	Unmittelbare Anwendung der §§ 293a ff. AktG auf die beteiligte AG im Mischkonzern	139
b)	Analoge Anwendung der §§ 293a ff. AktG auf die beteiligte GmbH im Mischkonzern	140
c)	Analoge Anwendung der §§ 293a ff. AktG im reinen GmbH- Konzernrecht	141
aa)	Analoge Anwendung der §§ 293a ff AktG auf die abhängige GmbH	141
(1)	Kein erforderlicher Informationsschutz der Gesellschafter bei einstimmigem Zustimmungsbeschluss	141
(2)	Informationsbedürfnis der Gesellschafter bei mit qualifizierter Mehrheit gefasstem Zustimmungsbeschluss	142
(a)	Dogmatische Lösung über § 51a GmbHG	143
(b)	Analoge Anwendung der §§ 293a ff. AktG auf die abhängige GmbH	145
bb)	Analoge Anwendung der §§ 293a ff AktG auf die herrschende GmbH	146
X.	Eintragung ins Handelsregister	147
1.	Rechtsgrundlagen der Handelsregistereintragung	147
2.	Eintragung in das Handelsregister der abhängigen GmbH	148

a)	Der Meinungsstand in der Rechtsprechung	148
b)	Die Auffassungen zum Eintragungserfordernis im Schrifttum	150
aa)	Kein Eintragungserfordernis aufgrund fehlender gesetzlicher Anordnung	150
bb)	Eintragungserfordernis gem. § 54 Abs. 1 S. 1 GmbHG analog	151
c)	Konstitutive Wirkung der Handelsregistereintragung	154
d)	Anmeldung zum Handelsregister	155
e)	Inhalt der Handelsregistereintragung	157
aa)	Abweichende Ansichten zur Handelsregistereintragung	159
bb)	Zusammenfassung der in das Handelsregister einzutragenden Tatsachen	160
3.	Eintragung in das Handelsregister der herrschenden GmbH	160
4.	Kapitel: Änderung von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen im GmbH-Konzernrecht	163
I.	Begriffsbestimmung Änderung von Unternehmensverträgen	163
II.	Steuerliche Bedeutung der Änderung von Gewinnabführungsverträgen	164
III.	Fälle der Änderung von Unternehmensverträgen i.S.v. § 295 AktG	165
1.	Änderungskündigung	165
2.	Teilkündigung eines kombinierten Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages	166
3.	Änderung des Unternehmensvertragstypus	167
4.	Änderung der Vertragslaufzeit	169
a)	Verkürzung der Vertragslaufzeit	169
b)	Verlängerung der Vertragslaufzeit	169
5.	Wechsel des Vertragspartners	170
a)	Auswechslung der herrschenden Gesellschaft durch Vertragsübernahme	171
b)	Beitritt einer neuen Vertragspartei	171
c)	Umwandlungsvorgänge und Gesamtrechtsnachfolge kraft Gesetzes	172
IV.	Änderungsvoraussetzungen von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen im GmbH-Konzernrecht	173
1.	Vorgehensweise bei rein redaktionellen Änderungen	174
2.	Zustandekommen der Änderungsvereinbarung	175
3.	Schriftformerfordernis und notarielle Beurkundung	176
4.	Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlungen	177
a)	Zustimmungsbeschluss der abhängigen GmbH	177
aa)	Abstimmungsmehrheit für den Zustimmungsbeschluss	178
bb)	Notarielle Beurkundung des Zustimmungsbeschlusses	178
cc)	Sonderbeschluss der außenstehenden Gesellschafter	178
(1)	Analoge Anwendung des § 295 Abs. 2 AktG auf die abhängige GmbH	179

(2) Begriff des „außenstehenden“ Gesellschafters i.S.v. § 295 Abs. 2 AktG	181
(3) Anwendungsumfang des § 295 Abs. 2 AktG analog	181
(4) Problematische Anwendungsfälle des § 295 Abs. 2 AktG analog	182
b) Zustimmungsbeschluss der herrschenden GmbH	183
5. Ermächtigung der Geschäftsführer zu rein redaktionellen Änderungen	184
6. Informationsrechte der §§ 293a ff. AktG bei Vertragsänderung	185
a) Analoge Anwendbarkeit der §§ 295 Abs. 1 S. 2 i.V.m. 293a ff. AktG im GmbH-Konzernrecht	186
b) Eingeschränkte Berichts- und Prüfungspflichten bei rein redaktionellen Änderungen	186
7. Eintragung der Unternehmensvertragsänderung ins Handelsregister	187
a) Umfang der Handelsregisteranmeldung	188
b) Inhalt der Handelsregistereintragung	189
V. Nichteinhaltung der Änderungsvoraussetzungen	190
5. Kapitel: Schlussbetrachtung	191
I. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse für den Abschluss von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen im GmbH-Konzernrecht	191
II. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse für die Änderung von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen im GmbH-Konzernrecht	192
III. Schlussfolgerung aus den Untersuchungsergebnissen	193
Literaturverzeichnis	195